

Jetzt wissen wir es endlich ganz genau: Das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium ist genau um 0,55 Durchschnittspunkte besser als das Georg-Büchner-Gymnasium. Was immer das heißen mag ... Der „Neuen Presse“ reicht allein die Durchschnittsnote, eine Schule zur „beste(n) Schule Niedersachsens“ zu küren. Dort arbeiten die „schlauesten Schüler im Land“, weiß auch der „Wolfsburger Anzeiger“. Mit dem Titel „Schulsieg“ feiert die „Mündener Allgemeine“ den Erfolg des lokalen Gymnasiums. Und eines „der erfolgreichsten Gymnasien des Landes“ arbeitet in Braunschweig.

Der „große Schulwettbewerb“ (HAZ) ist ausgerufen, seitdem Kultusminister Busemann Anfang November die Abiturdurchschnittsnoten aller Gymnasien, Gesamtschulen und Fachgymnasien in Niedersachsen veröffentlichten ließ.

MK verbreitet Übersicht der „Top-Ten-Schulen“

Der Minister verband die Veröffentlichung zwar mit dem Hinweis, die Notendurchschnitte seien differenziert zu betrachten, man solle z.B. die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen hinsichtlich des Einzugsbereichs und des jeweiligen Schulprofils berücksichtigen. Aber das Ministerium hielt sich selbst nicht an diesen Hinweis. Neben der Ranking-Liste mit allen Durchschnittsnoten verbreitete es unkommentiert auch eine Übersicht der Top-Ten-Schulen. Dort heißt es dann: „Das beste Abendgymnasium ist ...“

Dass viele Zeitungen im Lande genau so kurzschlüssig kommentieren – wie die oben zitierten Beispiele zeigen – dürfte das Ministerium eigentlich nicht überraschen. Die Schlagzeilen diskriminieren Schüler/innen und machen die Arbeit vieler Schulen schlecht. Das nachträgliche „Das habe man nicht gewollt ...“ hilft da wenig.

Die Angaben des Ministers über das Zustandekommen der veröffentlichten Durchschnittsnoten sind zudem nicht korrekt. „Die zentral gestellten Aufgaben machen etwa ein Drittel der Abiturergebnisse aus...“, heißt es in der Presseerklärung vom 7. November. Bei ausgeglichenen Leistungen eines Schülers sind es

Erstes Schulranking in Niedersachsen: Minister veröffentlicht Rangfolge der Abi-Durchschnittsnoten

Eine Ziffer macht noch keine gute Schule



Foto: imago

Erstes Zentralabitur in Niedersachsen. Ärger handelte sich Minister Busemann mit der Veröffentlichung der Durchschnittsnoten ein.

aber nur gut ein Fünftel, da nur die drei schriftlichen Arbeiten in der Abiturprüfung sich auf die zentral gestellten Aufgaben beziehen und bedingt vergleichbar sind. Die größte Teil der Durchschnittsnote ergibt sich aus den Noten in den Grund- und Leistungskursen im 12. und 13. Jahrgang und der Bewertung der mündlichen Prüfung.

Auf die oben zitierten Schlagzeilen gab es viel kritische Resonanz. Ein Lehrer macht in einer Leserschrift an die HAZ deutlich, dass die Veröffentlichung der Durchschnittsnoten keineswegs für die vom Minister behauptete „Transparenz“ sorgt und mit Sicherheit die Schulen nicht in die Lage versetzt, „den eigenen Standort festzustellen“, wie die Presseerklärung des Ministers behauptet. Noch deutlicher ein anderer Leserbrief: „Die Reduzierung des Komplexes 'Gymnasium' auf einen einzigen Faktor beinhaltet verheerende Konsequenzen.“

Das Ranking soll offensichtlich nahe legen, dass die Notenschnitte tatsächlich etwas aussagen über gute oder schlechte Leistungen der Schulen. Viele Eltern können dem Trugschluss erliegen, eine aussagekräftige Skala vor sich zu

haben. Das Ranking allein auf Basis der Durchschnittsnoten lässt aber zahlreiche wichtige Aspekte außer Acht.

Die Resonanz fällt negativ aus

- Viele Gymnasien und Gesamtschulen sind stolz darauf, dass sie in die Oberstufe bis zu 50 Prozent Schüler/innen aufnehmen, die z.B. von Realschulen kommen. Sie führen diese Schüler/innen und auch viele mit Migrationshintergrund erfolgreich zum Abitur.
- Es ist auch entscheidend, wie viele Schüler/innen zum Abitur zugelassen oder von den jeweiligen Schulen schon vorher aussortiert werden. Unter den 45 Abiturienten seiner Schule seien diesmal acht „Wackelkandidaten“ gewesen, betont ein Schulleiter aus Cuxhaven. „Wenn wir die alle hätten durchfallen lassen, wäre unser Notendurchschnitt sicher um drei bis vier Zehntel besser gewesen, aber das kann nicht unser Hauptziel sein.“

In einer Kleinen Anfrage zum Zentralabitur fragt Ina Korter, Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, die Landesregierung u.a. nach der Unterrichtsversorgung der gerankten Schulen



in den vergangenen sieben Jahren. „Mit welchem Ergebnis hat die Landesregierung die Resultate der einzelnen Schulen bei der zentralen Abiturprüfung mit der Unterrichtsstistik verglichen?“ Welche Rolle spielt die Versorgung mit entsprechenden Fachlehrkräften? Und man kann ergänzen: Wie sah es aus mit dem Krankenstand? Ausstattung der Schulen? Raumprobleme? Wie gesagt, der Minister will eigentlich, dass differenziert betrachtet wird.

Auf einen anderen wichtigen Aspekt weist der Erziehungswissenschaftler Prof. (em.) Dr. Manfred Bönsch hin, wenn er deutlich macht, dass gleiche Aufgaben noch lange nicht gleiche Praktiken der Leistungsfeststellung- und -bewertung zur Folge haben. „Wer auch nur etwas über die Problematik der Zensurengebung weiß, wird hier sehr vorsichtig sein. Nicht nur von Schule zu Schule, sondern auch von Klasse zu Klasse, von Kurs zu Kurs, von Lehrer zu Lehrerin schwanken die Standards und Verfahren der Leistungsfeststellung (bei Textarbeiten sowieso, aber selbst bei Mathematikarbeiten).“ Etwas krasser kommentiert ein BBS-Schulleiter aus der Heide. An seiner Schule würden „noch richtige Noten“ vergeben. Man könne schließlich auch frisieren ...

Dass die Spitzenreiter sich freuen, ist verständlich. Insgesamt wird aber von den

Schulen kritisiert, dass die Zahlen so undifferenziert an die Öffentlichkeit gegangen sind. Verärgerung ruft insbesondere die Äußerung Busemanns hervor, das Ministerium werde die Entwicklung der Schulen beobachten und notfalls eingreifen, wenn eine Schule mehrfach in Folge schlecht abschneide. Was ist da zu erwarten? Kommen dann die Kommissare – oder gibt es zusätzliche Lehrerstunden?

„Zuerst einmal lediglich sehr leistungsstarke Schüler aufnehmen, damit einhergehend Problemfälle und andere 'Risikofaktoren' abweisen oder ausschulen und schließlich die Leistungsbewertung der restlichen Klientel auf Hochglanz bringen“, kann und darf ja wohl keine Lösung sein, so ein weiterer Leserbrief in der HAZ.

Anfang November hielt Busemann bis zum Jahr 2010 sogar ein bundesweites Zentralabitur für möglich. „Wenn alle Länder Zentralabitur machen, können sie auf Knopfdruck vergleichen, wer wie gut ist.“ In seiner Rede auf dem Philologentag in Goslar vier Wochen später zeigte der CDU-Politiker immerhin „für die kritischen Äußerungen Verständnis“. Sie scheinen ihn aber keineswegs zu überzeugen. Beim nächsten Abitur wolle er prüfen lassen, „ob nicht an die Stelle der einzelnen Schuldaten aggregierte Daten, zusammengefasst et-

wa auf Landkreis- oder Bezirksebene, ohne Nennung einzelner Schulergebnisse veröffentlicht werden können, um so eine oberflächliche Rankingdebatte zu vermeiden.“ Soll dann der völlig misslungenen Fitnessland-Karte die Abiturdurchschnittsnoten-Karte nachfolgen: Süddoldenburg schlägt den unteren Westharz mit 0.31 Durchschnittspoints!?

Wie wird der Minister mit den Noten der Abschlussprüfungen in den Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Frühsommer 2007 umgehen? Wird es wieder eine Vergleichsliste geben?

Rankings tragen wenig bis gar nichts dazu bei, die Schul- und insbesondere die Unterrichtsqualität zu messen. Und eine Verbesserung von Lehren und Lernen ist damit sowieso nicht zu erreichen.

In den USA bilden Durchschnittsnoten von zentral geschriebenen und korrigierten Arbeiten die Grundlage für die Höhe des Budgets der Schulen. Werden z.B. im US-Staat Indiana dreimal in Folge die Erwartungen nicht erfüllt, wird das Geld gekürzt. Eine solche Entwicklung wollen wir in Niedersachsen nicht. Ranking-Tabellen sind ein Schritt in diese Richtung.

Der Minister ist gut beraten, in Zukunft Abstand zu nehmen von undifferenzierten Durchschnittsdaten.

Präsenzzeiten in der Eigenverantwortlichen Schule

Karl-Heinz Klares erlösende Idee



Ein KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Die Adventszeit ist bekanntlich die Zeit, in der die Christenheit auf die Geburt ihres Heilands wartet, der den Menschen Erlösung verspricht. Ist es ein Zufall, dass gerade in dieser Zeit eine erlösende Idee geboren wurde, wie die Regierung - ohne dass es nur einen einzigen Cent kostet - den Unterrichtsausfall beseitigen und die Unterrichtsversorgung verbessern kann. Und zugleich - oh Wunder - soll nach der Verheißung die Arbeitszeit und Belastung der Lehrerinnen und Lehrer gesenkt und nicht erhöht werden.

Der diese Eingebung hatte, ist Karl-Heinz Klare. Am 9. Dezember berichtet die Hannoverische Neue Presse: „Revolutionärer Vorstoß aus der Regierungskoalition: Nach den Vorstellungen der CDU sollen Niedersachsens Lehrer nicht nur ihre Unterrichtsstunden in der Schule ableisten, sondern ihre gesamte Arbeitszeit dort verbringen - und für Vorbereitungen, Korrekturen oder Gespräche nutzen.“

„So sollen alle Schulen verlässlich werden, fordert im NP-Interview der CDU-Fraktionsvize Karl-Heinz Klare, zugleich bildungspolitischer Sprecher der CDU im Landtag.“ „Freistunden wegen Unterrichtsausfall gibt es nicht. Mit diesem Schritt, den alle Schulen ab

August 2007 selbst beschließen können, könnte die Unterrichtsversorgung besser werden, denn durch die ständige Anwesenheit aller Lehrkräfte ließen sich Engpässe besser überbrücken.“

Aus dem Neusprech übersetzt heißt das: Die Regierung kommt wegen der unzureichenden Personalausstattung der Schulen in Bedrängnis. Oft gelingt es kaum, den Pflichtunterricht zu gewährleisten. Auch die Poolstunden werden dafür verbraucht. Notwendige pädagogische Arbeit kann nicht geleistet werden. Soviel Vertretungsunterricht wie jetzt gab es noch nie. Trotzdem fallen Stunden aus. Die CDU-Fraktion will diese Probleme nun offenbar lösen, indem sie uns in der „Eigenverantwortlichen Schule“ durch Beschluss des Schulvorstands noch mehr Unterrichtsverpflichtung aufzwingt.

Herr Klare fordert die Schulvorstände auf, die von ihm definierte Präsenzzeit zu beschließen: von 7.30 bis 15.30 sollten alle Lehrerinnen und Lehrer in der Schule anwesend sein. Klare wörtlich: „Das heißt, der gesamte Arbeitstag eines Lehrers findet in dieser Zeit statt“. Unsere Arbeitszeit so zu definieren, ist absurd. Alle Untersuchungen über unsere Arbeitszeit kommen zu ganz anderen Ergebnissen. Klare suggeriert, dass wir einen Halbtagsjob hätten und unsere Vor- und Nachbereitung mal eben so nebenbei unterbrochen durch zusätzliche Vertretungsstunden erledigen könnten.

Es kommt aber noch absurder: Auf die Frage der Neuen Presse nach den Arbeitsplätzen für Lehrkräfte, antwortet Klare: „Die Möglich-

keiten für die Lehrertätigkeiten an der Schule reichen aus. Es gibt Schulbibliotheken, genügend Räumlichkeiten und Tische. Und ich erwarte, dass die Lehrer ihre eigenen Laptops in die Schule mitbringen.“ Was für eine Vorstellung von unserer Arbeit hat Herr Klare eigentlich? Sollen wir uns stundenweise in leeren Klassenzimmern an die Schülertische setzen? Hat Klare von Fachbüchern und Arbeitsmitteln noch nichts gehört? Ist das nicht entwürdigend?

Herr Klare handelt unverantwortlich, wenn er den Eindruck erweckt, Schulvorstände könnten mit einem Beschluss zur „Verlässlichkeit“ die Arbeitszeitordnung und die Mitbestimmung der Personalräte nach Belieben außer Kraft setzen und die Arbeitszeit und die Aufgaben der Lehrkräfte nach Gutdünken bestimmen. Auch in der Eigenverantwortlichen Schule gelten Rechtsvorschriften. Herr Klare programmiert Konflikte in den Schulen vor, die uns gerade noch gefehlt haben.

Will die CDU-Fraktion mit ihrer Forderung etwa die GEW-Einschätzung der Funktion der „Eigenverantwortlichkeit“ bestätigen, die Regierung wolle sich auf Kosten der Kollegien aus ihrer Verantwortung für die personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen zurückziehen?

Nun müssen wir offenbar den Anfängen einer neuen Methode wehren, durch Deregulierung in der Eigenverantwortlichen Schule Mehrbelastungen einzuführen. Die GEW fordert Kultusminister Busemann und die CDU-Fraktion auf, sich von Klares Vorstoß deutlich zu distanzieren. Siehe auch www.gew-nds.de